

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis für die CSR:
Einzel-Nummer . Kc 1.40
Monatlich 6.—
Vierteljährlich . . 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . Kc 2.—
Monatlich 8.—
Vierteljährlich . . 24.—

Zerbrecht die Ketten!

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein

Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der vergewaltigten und geknebelten deutschen Arbeiterklasse. Er sollte erstickt werden — man wird ihn dennoch hören. Wir werden sein Sprachrohr sein.

Brutaler Terror verhindert in Deutschland jede politische Tätigkeit. Wir erheben uns gegen die Tyrannei und rufen zum Kampf für die Freiheit.

„Der Marxismus ist tot, die Sozialdemokratie existiert nicht mehr!“ verkündet Hitler. „Der Marxismus lebt, der demokratische Sozialismus ist unsterblich!“ antworten wir.

Wir täuschen uns nicht über die Schwere der Niederlage, die wir erlitten haben, nicht über die Schärfe des bevorstehenden Kampfes. Aber wenn man uns zumutet, die Niederlage hinzunehmen oder auf den Kampf zu verzichten, so antworten wir: „Niemals!“

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.

Die Fortschritte der Arbeiterklasse nach dem Kriege, ihr verstärkter Einfluß in Reich, Ländern und Gemeinden, der Ausbau der Sozialpolitik, die Erhöhung des Lohnniveaus, die Zunahme sozialistischer Tendenzen in der Wirtschaft, alle diese Fortschritte, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erkämpft worden waren, haben den verstärkten Widerstand der reaktionären Großkapitalisten und Großagrarier auf den Plan gerufen. Den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gestaltung von Politik und Wirtschaft zu brechen und die Masse des arbeitenden Volkes in den alten Zustand der Unfreiheit zurückzuwerfen, war ihr Ziel.

Bei diesen volksfeindlichen Plänen kam ihnen die furchtbare Wirtschaftskrise zu Hilfe. Sie brachte ihnen Bundesgenossen. Die Bauern, von Ueberschuldung bedroht, der gewerbliche Mittelstand, in seiner Selbständigkeit gekümmert, die Deklassierten aller Schichten, die Inflationsopfer, die Rentner, die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen — sie alle erhoben sich zu einer verzweifelten Rebellion gegen den Staat. Rettung erhofften sie von der Nationalsozialistischen Partei, die ihnen alles versprach, was sie hören wollten. Ihr gaben sie die Massengrundlage für den Kampf um die Staatsmacht; in ihr formierten sie sich zu einem gegenrevolutionären Block.

Die deutsche Arbeiterklasse aber war in dieser gefährlichsten Zeit ihrer Geschichte gespalten und durch innere Kämpfe geschwächt.

Ein Teil von ihr unterstellte sich der kommunistischen Führung, die das Interesse der Arbeiter an der Verteidigung der Demokratie leugnete und mit den Feinden der Volksfreiheit gemeinsame Sache machte. Mag man über Fehler der sozialdemokratischen Politik so hart urteilen, wie man will — wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe sie abzustreiten — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Kommunismus ein einziges Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse und ein furchtbares Verhängnis für sie gewesen ist. Der Kommunismus hat den parlamentarischen Einfluß der Arbeiterbewegung gelähmt, er hat den Kampf um die Unorganisierten und Indifferenten erschwert, die Gewerkschaften geschwächt, das Spiel der Reaktion erleichtert. So erlag die Sozial-

demokratie, mit ihr die Republik und die Arbeiterklasse, den anstürmenden gegenrevolutionären Kräften.

Der Faschismus trat die Herrschaft an. Er schreckte vor keinem Verbrechen zurück, um sie zu halten.

Der Brand im Reichstag bot der Regierung Hitler-Göring die erwünschte Gelegenheit, dem Volke eine beginnende kommunistische Revolution vorzutäuschen, an die in jenem Augenblick kein Mensch dachte. Wider besseres Wissen beschuldigte sie die Sozialdemokratische Partei der Teilnahme an der Brandstiftung. Mit solchen Lügen entfachte sie am Vorabend der Wahl den Paniksturm gegen den Marxismus. Sie verbot die Arbeiterpresse, vernichtete die Wahlfreiheit, sie bewaffnete die braunen Horden und stattete sie mit Polizeigewalt aus.

Die vom Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Ministern beschworene Verfassung wurde als ein bloßer Fetzen Papier behandelt und in hundert Stücke zerrissen.

Alle kommunistischen Abgeordneten und zahlreiche sozialdemokratische wurden mit Gewalt an der Ausübung ihres Mandats gehindert. Dem terrorisierten Rumpfparlament wurde ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt, dem nur die Sozialdemokraten ihre Zustimmung versagten. Mit ihm wurde die Grundlage jeder gesicherten Staatsordnung beseitigt. Deutschland hat seitdem aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein.

Das Recht der regierenden Partei, ihre Gegner zu töten, wurde öffentlich proklamiert. Ungezählte, die keine andere Schuld tragen, als die, Marxisten zu sein, fielen ihm zum Opfer. Männer und Frauen wurden in SA-Kasernen nackt ausgezogen und blutig gepeitscht, Zehntausende in die Gefängnisse und die Konzentrationslager verschleppt. Frauen und Kinder wurden für flüchtige Männer als Geiseln genommen. Judenhetzen wurden veranstaltet, wie sie seit dem Mittelalter nicht mehr erlebt worden sind. Gelehrte von Weltruf wurden davongejagt. Bücher auf den Scheiterhaufen geworfen und verbrannt. Es war ein Versinken in Schande. Sie aber nannten es — „nationale Erhebung.“

Die regierende Partei begnügte sich damit nicht. Schonungslos unterdrückte sie auch die bürgerlichen Parteien, auch diejenigen, die töricht genug gewesen waren, ihr zur Macht zu verhelfen. Der Arbeiterbewegung aber raubte sie durch einen dreisten Handstreich ihr Vermögen, sie verwandelte die Gewerkschaften und die Konsumvereine in faschistische Zwangsorganisationen und vernichtete jede Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Sie betrachtete alles als ihre Beute, nicht zuletzt den Staat selbst, dessen Aemter sie — nach Zerstörung des Beamtenrechts — an ihre Anhänger verteilt und mit dessen Einnahmen sie nach Willkür waltet und schaltet.

Die nationalsozialistische Partei hat dem deutschen Volke seine Freiheit genommen. Was hat sie ihm gegeben? Was ist von ihren Versprechungen übrig geblieben?

Ihre Wirtschaftspolitik hat die Krise nicht gemildert sondern verschärft. Sie hat

die Lebensmittel, das Brot, das Fett verteuert.

Ohne den Bauern zu helfen, belastet sie die Masse der Verbraucher. Sie schont den Großgrundbesitz. Für die Siedlung hat sie nur noch Worte.

Leichtfertig und jeder Kontrolle entzogen ist ihre Finanzpolitik. Mit ihren Steuerermäßigungen für Haus- und Grundbesitzer sowie für Käufer von Maschinen und Automobilen, mit ihren verschwenderischen Ausgaben für die nationalsozialistische Partei, für die Unterbringung immer neuer Beamter steuert sie in den Abgrund steigender Defizite. Ihre Handelspolitik zerstört den Export und macht es Deutschland unmöglich, seinen ausländischen Verpflichtungen nachzukommen. Dadurch wird der Kredit ruiniert und die Krise verschärft.

Arbeitsbeschaffung war versprochen. Eine Milliarde sollte für sie bereitgestellt werden. Die Mittel wird die Notenpresse liefern. Die Gefahr der Inflation rückt damit immer näher. Die geplanten Arbeiten sollen aber nicht von freien Arbeitern zu gewerkschaftlichen Bedingungen ausgeführt werden, sondern zwangsmäßig, durch einen militarisierten Arbeitsdienst. Das bedeutet für die gesamte Arbeiterschaft Vernichtung aller sozialen Errungenschaften. Rückfall in die schlimmste Lohnsklaverei!

Ist das die versprochene „Brechung der Zinsknechtschaft“? Ist das der feierlich angekündigte „deutsche Sozialismus“?

„Zerreißen der Ketten von Versailles“, hatte die Nationalsozialistische Partei vor ihrem Regierungsantritt versprochen. Nach ihrem Regierungsantritt hat sie ohne jeden Zwang aus freiem Willen den Friedensvertrag von Versailles um zehn Jahre verlängert. Sie hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sie hat Locarno und den Kellogg-Pakt ohne jeden Zwang aus freiem Willen noch einmal feierlich bestätigt. Sie hat sich ohne jeden Zwang aus freiem Willen feierlich verpflichtet, die Außenpolitik Erzbergers und Rathenaus, Stresemanns und Hermann Müllers unverändert fortzusetzen. Aber sie hat sich an den besten Traditionen dieser Politik versündigt, indem sie dem schwachen Deutsch-Oesterreich die Peitsche zeigte, während sie vor dem starken Frankreich zurückwich. Es ist ihr auch nicht gelungen, die moralische Isolierung zu brechen, in die sie das deutsche Volk getrieben hat. Trotz ihrer Unterwerfung bleibt die außenpolitische Lage voller Gefahren.

Dieses System kann nur solange existieren, als es ihm gelingt, die Wahrheit zu unterdrücken. Denn es lebt allein von der Lüge.

Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.

Wir fordern Wiederherstellung des Rechts, Strafgericht über die Verbrecher, Wiedergutmachung des verübten Unrechts.

Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß die Freiheit des Volkes in Zukunft nur gesichert werden kann durch den schärfsten unerbittlichsten Kampf gegen die Feinde dieser Freiheit.

Es gibt keine wahre Demokratie ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse! Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus! Darum fordern wir die Ent-

eignung der Großkapitalisten und Großagrarier und den planmäßigen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen.

Wir wollen eine starke, wahrhafte Volksherrschaft, die kämpfende Demokratie, die mit starker Hand alle Anhänger der Despotie und alle Gewaltorganisationen gegen die Freiheit unterdrückt.

Wir wollen die Sicherung des Rechts und der Freiheit für den Einzelnen.

Wir wollen zur Sicherung der Lebensgrundlagen für alle Deutschen eine Eingliederung der deutschen in die europäische Wirtschaft.

Wir wollen nicht den Krieg — wir wollen den Frieden!

Wir erklären, daß wir die Verantwortung für unser Tun allein tragen, und daß keine Organisation oder Körperschaft in Deutschland dafür mit verantwortlich gemacht werden kann. Wir stellen unser Verhältnis zu unsern Genossen in Deutschland auf den Boden vollkommener Freiwilligkeit. Niemand ist durch Parteidisziplin verpflichtet, sich zu uns zu bekennen. Wer es dennoch tut und an unserem Werke mithilft, wird schwere Gefahren auf sich nehmen und harte Opfer bringen müssen. Aber diese Opfer für die Freiheit und den Sozialismus werden nicht umsonst gebracht sein!

Wir rufen zum Kampf, der dem deutschen Volke seine Ehre und seine Freiheit, der Arbeiterklasse ihre schwer errungenen und nur vorübergehend verloren gegangenen Rechte wieder bringen wird. Im Kampfe werden sich neue Formen des Kampfes bilden, werden sich neue Kämpferscharen formieren, werden neue Führer aufstehen. Ihnen den Weg zu bahnen, betrachten wir als unsere Pflicht.

Auf neuen Wegen zum alten sozialistischen Ziel! Zerbrecht die Ketten! Vorwärts!

Berlin und Prag

Hitler-Offiziöses über die Sozialdemokratie.

Die Hitler-Regierung veröffentlicht durch ihr offiziöses Conti-Bureau folgendes:

„Die nun bestätigte Meldung, daß die Parteiführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Weis und Vogel in Gemeinschaft mit Stampfer und Breitscheid in Prag ein Büro eröffnet haben, das sich „Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Partei“ nennt und das bei der II. Internationale als solche angemeldet worden ist, hat die in Deutschland verbliebenen Führer der SPD. in große Schwierigkeiten gebracht. Sowohl die Landtags- als auch die Reichstagsfraktion der SPD. haben sich scharf dagegen verwahrt, daß eine Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Partei im Auslande entstände. Es ist große Stimmung dafür vorhanden, Weis, Breitscheid, Stampfer und Vogel aus der SPD. auszuschließen. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschland mit dem Sitze in Berlin würde dann vermutlich der ehemalige Reichspräsident Loebe übernehmen, der in Deutschland geblieben ist und seit geraumer Zeit die Geschäfte der Partei führt. Ungeklärt ist auch die Frage, ob Stampfer zur Herausgabe des „Vorwärts“ als Wochenblatt in Prag berechtigt

